

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestags

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

eine politisch ereignisreiche Woche liegt hinter mir. Mit dem Scheitern des Mindestlohns für Postdienstleister im Koalitionsausschuss, dem Rücktritt von Franz Müntefering, den Abstimmungen über Änderung des Abgeordnetengesetzes und zur Verlängerung des OEF-Mandates sowie einem erfolgreichen Gespräch über den Containerhafen Heilbronn mit Verkehrsstaatssekretärin Karin Roth waren meine Termine besonders intensiv.

Was am Montagabend in der Koalitionsrunde von Seiten der Union betrieben wurde, treibt mir die Zornesröte ins Gesicht. Eigentlich war alles klar, und die 2. und 3. Lesung zur **Änderung des Entsendegesetzes mit der Aufnahme der Briefdienstleister** war schon für Donnerstag auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt, da kündigte die Union in der Koalitionsrunde die Einigung auf und stellte unannehmbare Forderungen. Ganz offensichtlich knickten die Kanzlerin und die CDU/CSU vor den Verbandsinteressen und dem Springerkonzern als größten Anteilseigner der PIN AG (Briefversand) ein. Der Vorschlag der Union, den Lohn in der Briefdienstbranche mit acht Euro festzuschreiben, ist ein dreister Versuch, in die Tarifautonomie einzugreifen. Ebenso vordergründig war die Debatte der Union um den Geltungsbereich. Diesen hatten die Tarifvertragsparteien vor der Koalitionsrunde präzisiert und klargestellt, dass die Arbeitnehmer, die gelegentlich Briefe befördern, nicht



**Berlin-Brief, Ausgabe 26
16. November 2007**

Berliner Sitzungswoche

Was geschah sonst noch im Plenum?

Infos im Newsletter der SPD-Fraktion:
<http://juratovic.de/static/spdfrak/07KW46.pdf>

Aktuelle Pressemitteilung

Juratovic will sich weiterhin für Mindestlöhne stark machen. (15.11.2007)
http://juratovic.de/presse_det/225

Meine Termine im Wahlkreis

Jubilärfest SPD-Kreisverband Heilbronn-Stadt

18.11.2007, 15h, Böckingen, Bürgerhaus

Treffen Bürgerinitiative Frankenbahn

20.11.2007, 20h, Roigheim, Authenrieth-halle

Vor Ort in Obersulm am 21.11.2007

Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins mit Ehrungen - 19h, Obersulm-Affaltrach, Gaststätte Meisenberg
Öffentliche Veranstaltung - 20 h, Meisenb.

Mitgliederversammlung SPD-Ortsverein

22.11.2007, 20h, Wüstenrot, Gasthaus Schönblick

Gemeinsame Kreisvorstandssitzung der SPD Heilbronn-Stadt und -Land mit Bericht aus Berlin

26.11.2007, Neckarsulm, IG Metall-Verw.

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de



unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallen. Doch als Argument gegen einen Mindestlohn benutzt die CDU/CSU weiterhin das Argument des Geltungsbereiches. Für mich ist das Verhalten der Union in Sachen Postmindestlohn empörend und sehr enttäuschend.

Es ist wichtig, für geleistete Arbeit eine gerechte Entlohnung zu garantieren. Mindestlöhne müssen keineswegs mit Arbeitsplätzen bezahlt werden. Vielmehr schützt ein sinnvoller Grundtarif im Niedriglohnbereich inländische Unternehmen vor Dumpingmethoden ausländischer Anbieter. Doch das will die CDU nicht wahrnehmen.

Der **Rücktritt von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering** war für uns alle sehr überraschend. Ich bedauere außerordentlich, dass Franz sein Ministeramt aufgibt. Doch genauso respektiere ich seinen Entschluss, jetzt seiner Frau beistehen zu wollen. Ich habe immer sehr gerne mit Franz zusammengearbeitet. Ausdruck dieser guten Zusammenarbeit war sicher auch sein Besuch in Heilbronn im vergangenen Monat, der nicht selbstverständlich war.

Unter den zahlreichen namentlichen Abstimmungen in dieser Woche war auch die **Verlängerung des OEF-Mandates** der Bundeswehr. Die Entscheidung, ob ich dem zustimme, fiel mir sehr schwer. Gegen eine Zustimmung sprachen vor allem das fehlende UN-Mandat und die nunmehr schon sechsjährige Dauer des Einsatzes. Doch angesichts der kritischen Lage ist verantwortungsvolles Handeln in der Region wichtig. So hatte es auch der Bundesparteitag gesehen und sich mit breiter Mehrheit für den Fortbestand des OEF-Mandates der Bundeswehr ausgesprochen. Daher habe ich zugestimmt. Bei der Abstimmung über die **Änderung Abgeordnetengesetz** (Diätenerhöhung) habe ich mich enthalten.

Am Ende der Woche fand dann noch ein sehr positives Gespräch mit der parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Karin Roth statt. Mit Vertretern der Heilbronner Versorgungsgesellschaft mbH, der Audi und der IHK verdeutlichten wir Karin Roth die Wichtigkeit des Projektes **Containerhafen Heilbronn**. Ich bin nach dem Gespräch sehr zuversichtlich, dass es für die notwendigen Mittel aus Berlin im kommenden Jahr den ersehnten Zuwendungsbescheid geben wird.

Mit freundlichen Grüßen,